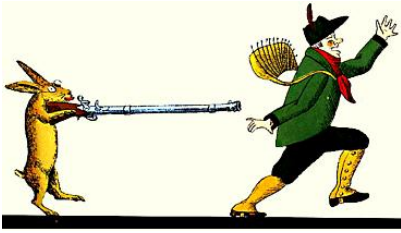


Grün-Rot will Jagdrecht im Ländle ändern



Baden-Württemberg bekommt, was es gewählt hat: In [Ausgabe 10](#) des Jägermagazins *Wild & Hund* berichtet die Zeitschrift über jüngste Änderungen des Jagdrechtes im grün-roten Ländle.

(Von Steinkjer)

So sollen die Jagdzeiten des Rehwildes, insbesondere der Rehböcke, verlängert werden, um so, ganz Neocons-konform, den wirtschaftlichen Grenznutzen des deutschen Waldes weiter ausbeutend, weniger Schäden an Anpflanzungen durch Wegschießen des Rehwildes zu erreichen. Selbst sehr konservative Jäger lehnen die Ausweitung der Jagdzeiten auf Rehwild aus ethischen Gründen ab.

Ein zweites Handlungsprofil der Anti-Atombahnhofregierung soll darin erwachsen, die großkalibrigen Faustfeuerwaffen in Privathand abzuschaffen. Das bedeutet, dass alle Sportschützen in naher Zukunft ihre Pistolen und Revolver abgeben, respektive verkaufen müssen.

Selbstverständlich ist jedem sicherheitsorientiert denkendem Normalbürger sofort die Intention der politischen Maßnahme klar: Man macht den Staat sicherer, wenn nur noch Kriminelle Waffen haben!

Hier der Artikel (zum Vergrößern aufs Bild klicken):

Grün-rote Koalition will Jagdrecht ändern

Grüne und SPD in Baden-Württemberg haben im druckfrischen Koalitionsvertrag eine Überarbeitung des Jagdrechtes angekündigt, obwohl Landesjägermeister Dr. Dieter Deuschle dies auf dem Landesjägerstag noch für unwahrscheinlich hielt. Das Jagd- und Fischereigesetz soll „stärker an wildökologische Anforderungen und Tierschutz“ ausgerichtet werden, steht in dem Vertrag.

Unter dem Punkt „Wald und Jagd naturnah gestalten“ heißt es weiterhin, dass die Wildfütterung abgeschafft werden solle und in Schutzgebieten sich die Jagd am Schutzziel orientieren müsse.

Wie die grüne „wildökologische“ Jagdrechtsnovelle aussehen soll, hat im Vorfeld bereits die Forstkammer Baden-Württemberg wissen lassen. In einem Positionspapier heißt es, dass vom Rehwild keine positive Wirkung auf die von ihm besiedelten

Lebensräume ausgehe. Deshalb seien hinsichtlich seiner Bejagungsintensität keine Arterhaltungsaspekte zu berücksichtigen. In einem Katalog mit Handlungsempfehlungen wird gefordert, dass der Wildschaden grundsätzlich dem Jagdausübungsberechtigten obliegen soll, damit die finanziellen Ausgleichsmöglichkeiten für Waldbesitzer verbessert werden.

Darüber hinaus sollen die Jagdzeit auf den Rehbock verlängert, Mindestpachtzeiten aufgehoben und Jägervereine möglich werden. Außerdem will die grün-rote Koalition das Waffengesetz verschärfen, „insbesondere mit dem Ziel, ein generelles Verbot für den Privatbesitz von großkalibrigen Faustfeuerwaffen durchzusetzen“. Jäger werden im Koalitionsvertrag von der Verschärfung ausgenommen. Die Dichte von Kontrollbesuchen der Waffenbehörde will Grün-Rot erhöhen ^{sb}